

MARTIN BROSZAT

NATIONALSOZIALISTISCHE
POLENPOLITIK 1939 - 1945

Die bisher nirgends zusammenfassend behandelte deutsche Besatzungspolitik in Polen wird von Broszat in einer gedrängten Übersicht historisch und systematisch dargestellt. Die nationalsozialistischen Maßnahmen gegenüber der 1939 unterworfenen polnischen Nation auf bevölkerungspolitischem, rechtlichem, kulturellem und wirtschaftlich-sozialem Gebiet sowie das von Hitler, Bormann, Himmler, Greiser u.a. in den „eingegliederten Ostgebieten“ durchexerzierte Modell eines völkisch-nationalsozialistischen Weltanschauungsstaates sind Hauptthema der Untersuchung. Anhand zahlreicher Quellen aus den deutschen Akten wird dabei auch das zerstörerische Gegeneinander von Kräften, das sich auf deutscher Seite abspielte, beleuchtet: die Konflikte zwischen Generalgouverneur Frank und Himmler, die Auseinandersetzungen zwischen zentraler Staatsverwaltung und Parteikanzlei, die konkurrierende Zuständigkeit von Polizei und Justiz und der mit der Polenpolitik erstmals in aller Deutlichkeit auftretende Gegensatz zwischen Wehrmacht und SS. Die Darstellung vermittelt damit zugleich ein eindrucksvolles Bild von der mehr und mehr ins Chaotische abgleitenden Staats- und Verfassungsstruktur des Dritten Reiches während des Zweiten Weltkrieges.

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 2

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

NATIONALSOZIALISTISCHE POLENPOLITIK 1939-45

MARTIN BROSZAT

NATIONALSOZIALISTISCHE
POLENPOLITIK

1939-1945

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

VORWORT

Während des Zweiten Weltkrieges hat nur eine geringe Anzahl von Deutschen im Reich durch Nachrichten und Erlebnisse, die Angehörige der Wehrmacht oder der deutschen Verwaltung gelegentlich mitbringen mochten, oder aus anderen verbotenen Quellen einen gewissen, vielfach unglaublich erscheinenden Einblick in Vorgänge erhalten, die sich jenseits der Polizeigrenze in den „eingegliederten“ ehemals polnischen Gebieten oder im Generalgouvernement zutrugen. Nach 1945 ergab sich zwar aus Dokumenten, Memoiren und Einzeluntersuchungen ein vollständigeres Bild, doch eine umfassende Darstellung der deutschen Politik im eroberten, annektierten und besetzten Polen unterblieb bislang¹. In Deutschland wirkte dabei mit, daß nach 1945 Ereignisse wie die der Vertreibung der Deutschen den historischen Zugang zu dem im Osten Vorhergegangenen vielfach psychologisch versperrten, außerdem der Schauplatz dieses Kapitels deutscher Besatzungspolitik durch die staatliche und ethnische „Zurückdrängung“ Deutschlands nach Westen – in der Bundesrepublik auch durch die politische Orientierung im westlichen Bündnissystem – nachträglich noch weiter in die Ferne rückte. Demgegenüber sind im polnischen Bewußtsein die Jahre deutscher Besetzung im Zweiten Weltkrieg als eine überaus schicksalsschwere, selbsterlittene geschichtliche Erfahrung der gesamten Nation nicht vergessen, und durch eine beträchtliche Zahl von zeitgeschichtlichen Publikationen erneut in der Erinnerung festgehalten worden. Dabei überwog, aus dem verständlichen Bedürfnis, die Größe der eigenen Verluste und der „hitleristischen Verbrechen“ evident zu machen, das Dokumentarische. Für eine Verarbeitung und Einordnung des reichhaltigen, in umfänglichen Quellensammlungen z. T. veröffentlichten Materials aus der Provenienz deutscher Behörden und Dienststellen² in einer objektivierenden Geschichtsschreibung war das Geschehen emotional wohl noch zu gegenwärtig³.

¹ Eine gedrängte Übersicht gibt in der deutschen Literatur, soweit ich sehe, nur H. Roos im Osteuropa-Handbuch, Band Polen (Köln/Graz 1959), S. 167–193.

² Von ihnen sind in erster Linie zu nennen: die bisher (1945–1959) in 7 Bänden erschienene Reihe „Documenta Occupationis“ (bis Bd. IV u. d. T. „Documenta Occupationis Teutonicae“), hrsg. vom Instytut Zachodni/Posen mit ihren meist im deutschen Original wiedergegebenen Dokumentensammlungen; ferner Bd. I–XIII des *Biuletyn Główniej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce* (Bulletin der Hauptkommission zur Untersuchung der Hitleristischen Verbrechen in Polen), hrsg. im Auftrag des poln. Justizministeriums/Warschau, 1945–1960.

³ Die in den ersten Jahren nach 1945 unternommenen polnischen Versuche einer Gesamtdarstellung der Besatzungszeit fußten noch kaum auf Aktenverarbeitung, sondern im wesentlichen auf deutscher Literatur und Drucksachen. Das gilt etwa von Alfons Klafkowski:

Die hier vorgelegte Darstellung macht den Versuch, fünf Jahre deutscher Politik in Polen in ihren wesentlichsten Aspekten darzustellen. Eine umfassende, chronologisch erzählte Geschichte dieser Zeit kann sie nicht sein, bestenfalls vermag sie ihr vorzuarbeiten. Der Titel „Nationalsozialistische Polenpolitik“ hebt hervor, daß die Arbeit sich auf Entwicklungslinien und Zusammenhänge konzentriert, welche den spezifisch nationalsozialistischen Gehalt der deutschen Herrschaft gegenüber der unterworfenen polnischen Bevölkerung ausmachten und mithin ihren ideologischen Bestimmungsgrund erkennen lassen. Denn nicht die kriegsbedingte Ausnahmesituation der Besetzung war primäres Merkmal der Polenpolitik unter Hitler, sondern der Umstand, daß Polen, anders als z. B. das besetzte Frankreich oder Norwegen, fünf Jahre lang Anwendungsgebiet und Exerzierfeld radikaler völkisch-nationalsozialistischer Weltanschauungstheorie und -politik wurde.

Die eigentlich polnische Seite dieses Geschehens, etwa die Geschichte des polnischen Untergrundes, aber auch die Rolle und das Schicksal der Ukrainer, der Juden und der Volksdeutschen in diesem Raum wird bei unserer Betrachtung nur gelegentlich gestreift, muß aber in ihrem Gesamtzusammenhang außer Betracht bleiben. Ebenso wurde auf eine in gleichmäßiger Ausführlichkeit und Vollständigkeit sämtliche wichtigen Bereiche und Auswirkungen nationalsozialistischer Polenpolitik erfassende Darstellung verzichtet. Ausgehend von bestimmten Fragestellungen und vor allem der jeweiligen Quellenlage sind vielmehr einzelne, für besonders wesentlich erachtete Ausschnitte des Gesamtgeschehens sehr detailliert, andere dagegen mehr im Überblick zusammenfassend behandelt worden¹. Dieser methodische Kompromiß schien geraten, um trotz des eng begrenzten Umfanges einerseits Durchsicht auf die Gesamtentwicklung und -struktur deutscher Herrschaft in Polen und Einblick in ihre politisch-organisatorischen Voraussetzungen zu geben, andererseits aber das Geschehen möglichst dicht von unmittelbaren Quellen und den einzelnen Ereignissen her zu vergegenwärtigen.

Es ist dabei Wert darauf gelegt worden, wichtige Beschlüsse, Gesetze oder Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten nationalsozialistischer Polenpolitik nicht nur als geschehene Tatsachen bilanzartig festzuhalten, sondern sie, sofern die Quellen dies erlauben, gerade auch in ihrer Entstehungsgeschichte und hinsichtlich der da-

Okupacja Niemiecka w Polsce w świetle prawa narodów (die deutsche Besetzung Polens im Lichte des Völkerrechts); Posen 1946 oder von der umfangreichen wirtschaftshistorischen Studie von Janusz Deresiewicz: *Okupacja Niemiecka na ziemiach Polskich włączonych do Rzeszy 1939–1945* (Die deutsche Besetzung der in das Reich einverleibten Gebiete); Posen 1950. Aus Aktenstudien ging demgegenüber eine ganze Reihe z. T. ausgezeichnete Einzeluntersuchungen, insbesondere im „Przegląd Zachodni“ (Posen) hervor.

¹ So ist im Hinblick auf das Gesamtthema die deutsche Politik im Generalgouvernement im wesentlichen nur cursorisch behandelt, wofür allerdings auch Quellengründe maßgeblich waren. Der Vf. mußte z. B. davon absehen, für seine Studie das seit kurzem als Mikrofilm im Institut für Zeitgeschichte befindliche gesamte Frank-Tagebuch (38 Bände) auszuwerten, weil es dazu noch an technischen Voraussetzungen fehlte, eine in ihren Ergebnissen befriedigende Auswertung dieser wichtigen Quelle außerdem einen weiteren Publikationsrahmen beansprucht hätte.

bei mitwirkenden Widerstände, Einflüsse usw. zu erfassen. Dieser Inside-Aspekt macht nicht nur sichtbar, welche Figuren, Kräfte und Kompetenzverhältnisse in dieser Zeit des Dritten Reiches herrschten und die Polenpolitik bestimmten, er läßt auch erkennen, daß von der Weltanschauungs- und Gewaltpolitik in Polen rückwirkend eine allgemeine Beschleunigung des totalitär-polizeistaatlichen Entwicklungsprozesses in nationalsozialistischer Zeit ausging. Hier wird die Darstellung unseres Themas streckenweise zu einem Stück politischer Geschichte des Nationalsozialismus überhaupt.

Auch die nationalsozialistische Polenpolitik ist wie alles Geschichtliche keine Einbahnstraße der Entwicklung gewesen. Je näher die Einzelheiten des Geschehens aus den Quellen hervortreten, desto deutlicher werden auch hier Kräfte und Gegenkräfte, die unter totalitären Bedingungen verschränkt und verzerrt einander entgegenwirkten. Exzessen einer ideologisch gesteuerten, dumm und hemmunglos gewordenen Gewalt stehen Beispiele politisch-moralischer Sauberkeit gegenüber. Auch unter den in Polen geschaffenen Ausnahmebedingungen konnte die anerzogene Sachlichkeit und Gewissenhaftigkeit deutscher Beamten oder Wirtschaftsexperten nicht gänzlich korrumpiert werden, manche in diesem Sinn versachlichte Besatzungspolitik wirkte, indem sie einfach ihren Dienst verrichtete, dem Programm völkischer Destruktion entgegen.

Das Fazit deutscher Polenpolitik im Zweiten Weltkrieg bleibt dennoch erschreckend. Es wird darauf ankommen, es zur Kenntnis zu nehmen und nicht moralisch „verrechnen“ zu wollen mit eigenem deutschen Nachkriegsschicksal.

DIE KONZEPTION DER NATIONALSOZIALISTISCHEN POLENPOLITIK

A. Entschlußbildung vor dem Polenfeldzug

Als deutsche Truppen am 1. September 1939 zu dem militärisch glorreichen „Feldzug der 18 Tage“ antraten, stand hinter ihnen noch keine klare politische Konzeption. Fest stand allerdings schon die Absicht einer über die militärische Niederwerfung hinausgehenden „Zerschlagung Polens“. Hitler hatte sie am 14. 8. 1939 gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, und seinem Generalstabschef, Generaloberst Halder, ausdrücklich als Ziel der Kampfführung hingestellt¹. Noch deutlicher waren acht Tage später in der Geheimkonferenz mit den Heeresgruppen- und Armeeführern am 22. 8. 1939 Hitlers Vorstellungen von der „Lösung der Ostfrage“ zum Ausdruck gekommen: Sie erfordere die „Vernichtung Polens“, die „Beseitigung seiner lebendigen Kraft“. Es handele sich „nicht um Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um Vernichtung des Feindes“. Deshalb habe auch die Durchführung „hart und rücksichtslos“ zu geschehen. Die Wehrmacht müsse sich „gegen alle Erwägungen des Mitleids hart machen“². Nach den Aufzeichnungen eines anderen Teilnehmers an dieser Konferenz³ soll Hitler sogar von „der physischen Vernichtung“ der Bevölkerung „polnischer Abstammung“ gesprochen haben, denn nur so gewinne Deutschland „den Lebensraum, den wir brauchen“. Schließlich verdeutlicht auch die am 23. August 1939 mit der Sowjetunion insgeheim ausgehandelte Interessenabgrenzung⁴, daß es um die staatliche Auflösung Polens, bezw. vollständige territoriale „Neuordnung“, aber nicht um irgendeine Irredenta ging.

Die in den Äußerungen Hitlers vor Beginn des Polenfeldzuges zutage tretende Polenfeindschaft war nicht von den Tagesmeldungen über polnische „Greuel“ und Provokationen motiviert, wie Hitler das seinen damaligen diplomatischen Gesprächspartnern (Ciano, Henderson, C. J. Burckhardt u. a.) glauben zu machen suchte. Wenngleich Hitler die akrobatisch-selbstbetrügerische Fähigkeit, sich über Dinge ernsthaft zu entrüsten, die er selbst propagandistisch inszenieren ließ, zu überzeugender Meisterschaft entwickelt hatte, so lag in solcher Autosuggestion doch ganz gewiß nicht die Wurzel seiner Haltung gegenüber Polen. Man wird sie aber auch kaum in angestammten antipolnischen Haßgefühlen zu suchen haben,

¹ Vgl. Eintragung in Halder-Tagebuch (Photokopie im Inst. f. Zeitgesch.) v. 14. 8. 1939; auch veröffentlicht in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1919–1945, Serie D (künftig zit. als ADAP), Bd. VII, S. 463.

² Ebenda, S. 469.

³ Ebenda, Nr. 193, siehe insbes. S. 171, Anm. 1.

⁴ Pkt. 2 des Geheimen Zusatzprotokolls zum dt.-sowjet. Nichtangriffspakt v. 23. 8. 39; ADAP, VII, Nr. 229.

wie sie im „Grenzlanddeutschum“ zwischen Ostpreußen und Oberschlesien virulent waren und zusätzlich von deutschvölkischen Ostpolitikern und -publizisten vor und nach 1933 genährt wurden. Belege eines spezifischen Polenhasses finden sich in den Reden und Schriften des „Österreichers“ Hitler vor 1939 kaum. Anders als zu Tschechen und Madjaren, denen gegenüber Hitler ererbte deutsch-österreichische Ressentiments nie los wurde, war sein Verhältnis zu den Polen von solchen Gefühlen vor 1939 anscheinend ziemlich frei. Hitlers Bewunderung für Pilsudski, den Sieger über die Rote Armee (1920), hat ihn im Gegenteil zu einer eher freundlichen Bewertung der politischen und militärischen Potenz der polnischen Nation geführt, welche die rassentheoretische Globalvorstellung vom minderwertigen Slawentum jahrelang überdeckte. Gewiß war das seit dem 26. Januar 1934 bestehende Bündnis zwischen dem autoritär und diktatorisch regierten Polen und dem nationalsozialistischen Deutschland von Hitler nicht ernsthafter gemeint als er Bündnisse generell zu nehmen pflegte. Insofern bewahrheitete sich das Augenzwinkern in weiten Kreisen der Partei und ihrem mehr deutschnational als streng nationalsozialistisch eingestellten Anhang, im Bund Deutscher Osten, in den Ministerien oder den Ämtern der Ostprovinzen des Reiches, wo unter der Decke der offiziellen polenfreundlichen Politik zwischen 1934 und 1938 die „alte“ Revisionspolitik keineswegs aufgegeben, sondern (ähnlich wie in der Südtirolfrage gegenüber Italien) damit gerechnet wurde, daß der Führer es nur „taktisch“ meine¹. Es sprach aber auf der anderen Seite bis in die ersten Wochen und Monate des Jahres 1939 kaum etwas dafür, daß Hitler nicht bereit gewesen wäre, den Polen, wenn sie sich bedingungslos auf seine Seite gestellt hätten, einen ähnlichen Vorzugsplatz bei der Neuordnung eines von Großdeutschland geführten ost- und mitteleuropäischen Raumes einzuräumen, wie er ihn später den Slowaken, Rumänen, Madjaren zugestand. Die Anhänger der Revisionspolitik irrten, wenn sie meinten, hinter dem Nichtangriffspakt mit Polen stünde – raffiniert getarnt – nach wie vor die alte antipolnische Irredenta-Vorstellung. So wenig Hitler die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 überhaupt als befriedigende außenpolitische Zielsetzung ansah, so wenig war seine Haltung Polen gegenüber vom Gedanken solcher Grenzrevision bestimmt. Bis 1938 scheint ihm vielmehr vorgeschwebt zu haben, das Bündnis mit Polen auch künftig als Instrument seiner Außenpolitik zu benutzen, es, sobald er stark genug war, zum Satellitenverhältnis umzumünzen und als politische Basis für das eigentliche Ziel, eine großräumige, weit über alle Grenzrevision hinausgehende antibolschewistische Ostexpansion und -kolonisation zu

¹ Interessant sind in dieser Hinsicht die internen „Interpretationen“ öffentlicher außenpolitischer deutsch-polnischer Abmachungen bzw. Freundschaftsbeteuerungen, so z. B. die Unterredung StS. Pfundtners/RMdI mit den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien vom 3. 12. 1937 über die praktische Auslegung der am 5. 11. 1937 ergangenen deutsch-polnischen Pressevereinbarung und Hitlers entgegenkommender Erklärung gegenüber den Wünschen der Vertreter des Polenbundes in Deutschland; Entwurf d. Anspr. StS. Pfundtners an die Ober- u. Reg.-Präs. von Min.-Rat Springorum v. 1. 12. 37 in Hauptarchiv Berlin-Dahlem (künftig zit. als HA-B); Rep. 320/125.

gebrauchen. Von daher ist wohl auch noch die von Hitler Ende 1938 gegenüber Warschau „zur endgültigen Bereinigung“ des deutsch-polnischen Verhältnisses vorgebrachte bescheidene Revisionsforderung (Rückgabe Danzigs und Einräumung exterritorialer Straßen- und Bahnverbindung durch den „Korridor“) zu verstehen. Hitler war schwerlich in erster Linie an der Erfüllung dieser Forderung als solcher interessiert, sie scheint vielmehr in erster Linie Versuchsballon gewesen zu sein, ein Vorfühlen, ob Warschau nach der in der Tschechenkrise bewährten und belohnten deutsch-polnischen Komplizengemeinschaft sich dem deutschen Führungsanspruch auch unterwerfen würde, wenn es etwas kostete. Außerdem war das Ganze aber vor allem ein Test im Hinblick auf die Westmächte: ob sie – so kurz nach Hitlers Beteuerungen von München – ihm jene „Handlungsfreiheit im Osten“ einräumen würden, die die Voraussetzung für die Erreichung seiner großräumpolitischen Fernziele war.

Hitlers Entschluß zur „rücksichtslosen“ Zerschlagung Polens war erst das Ergebnis der negativen Erfahrungen mit diesem Test. Daß Warschau jede territoriale Konzession ablehnte und dabei Rückhalt bei Großbritannien suchte und fand, machte einen Strich durch die bisherigen Kalkulationen Berlins. Die britisch-französische Garantieerklärung für Polen vom 31. März 1939, die Hitler durch seinen Handstreich auf Böhmen und Mähren am 15. März 1939 leichtsinnig selbst provoziert hatte, entwertete nicht nur den zeitweiligen Erfolg, den man 1934 mit der Annäherung an Polen angestrebt hatte (Herauslösung Polens aus dem französischen Bündnisssystem der kleinen Entente), sie machte auch darüber hinausgehende Spekulationen gegenstandslos. Es zeigte sich: in Warschau war man durch das Beispiel Prags gewarnt und nicht gesonnen, sich ähnlich erpressen zu lassen und eine Satellitenrolle zu spielen. Damit entfiel für Hitler jeder weitere Sinn des deutsch-polnischen Bündnisses, das er – von sich aus folgerichtig – am 28. April 1939 auch formell aufkündigte. Aus dem möglichen Assistenten einer hegemonialen deutschen Großräumpolitik im Osten war ein feindlich widerstrebender Pufferstaat geworden, der solchen Ambitionen im Wege stand.

Hitler hatte bei seinem außenpolitischen Fernziel einer weitausgreifenden deutschen Bodenpolitik im Osten, wie er sie in „Mein Kampf“, eindringlicher noch in einem 1928 geschriebenen, erst jetzt bekannt gewordenem Manuskript zur Außenpolitik¹, sowie später auch in den Gesprächen mit Hermann Rauschning umriß, stets in erster Linie an das Territorium der Sowjetunion gedacht. Wohl erst jetzt, im Frühjahr und Sommer 1939, trat der polnische Raum als mögliche erste und konkrete Etappe einer solchen raum- und bevölkerungspolitischen Neuordnung in sein Blickfeld. Ob allerdings eine großräumig organisierte koloniale Festsetzung Deutschlands in Polen, oder ob die in ihren Konsequenzen noch offengelassene Ausschaltung des polnischen Puffers primäres Ziel des im Frühjahr 1939 beschlossenen Polenkrieges war, blieb lange Zeit, sogar noch bis in den September hinein, bei

¹ Die Veröffentlichung dieses Manuskripts unter dem Titel „Hitlers Zweites Buch“ ist vom Institut für Zeitgeschichte vorgenommen worden.

Hitler selbst unentschieden¹. Da Hitler bei der Vorbereitung des Polenfeldzuges zwar den Weltkrieg bewußt riskierte, gleichwohl sich bis zuletzt an die – zum Angelpunkt seines außenpolitischen Dogmas gehörende – Vorstellung klammerte, Großbritannien werde sein Garantieverprechen Polen gegenüber nicht einhalten, vermied er es wohl absichtlich (vor allem im Hinblick auf ein etwaiges, *nach* dem Angriff auf Polen notwendig werdendes diplomatisches Arrangement mit den Westmächten), sich vorher schon im einzelnen darauf festzulegen, was mit einem besiegten Polen geschehen solle. Daran änderte prinzipiell auch der deutsch-sowjetische Pakt vom 23. August 1939 nichts, der ja von Hitler primär zur Absicherung des Polenunternehmens gegen ein westliches Eingreifen eingegangen war. Bei der geheimen deutsch-sowjetischen Interessenabgrenzung war ausdrücklich vereinbart worden, es könne „endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre“². Nichtsdestoweniger führte die Abmachung mit Moskau, das dabei den Sowjets eingeräumte gleiche Mitspracherecht bei der künftigen territorialen Gestaltung Polens und die schon theoretisch abgesteckte Teilungslinie (Narew–Weichsel–San) doch fraglos zu einer starken Präjudizierung der künftigen Polenpolitik. Daß Hitler in Stalin einen Partner fand, der ebenso leichtthin über fremde Gebiete zu disponieren bereit war, und Hitlers Denken in großräumigen Interessensphären und -abgrenzungen, das er bei den Engländern vergeblich an den Mann zu bringen versucht hatte, hier auf Gegenliebe stieß, bedeutete zweifellos einen starken Anstoß und eine Ermunterung, nun auch tatsächlich in Polen mit dem nationalsozialistischen Konzept einer raum- und bevölkerungspolitischen Neuordnung großen Stils zu beginnen. Gleichzeitig lag in der Tatsache des sowjetischen Paktes auch ein gewisser in die gleiche Richtung wirkender Zwang: Denn die Moskau zugestandene Vorverlegung der sowjetischen Territorial-„Interessen“ nach Westen bedeutete zunächst einmal Verzicht auf die Verwirklichung eigener, in den russisch-ukrainischen oder baltischen Raum zielender Ostexpansionspläne, wenn diese dadurch auch nicht ohne weiteres aufgegeben wurden³. Zumal Leute wie Alfred

¹ Bezeichnend ist z. B. die verschiedenartig akzentuierte Motivation des beabsichtigten Polenunternehmens, die Hitler am 23. 5. 1939 den obersten Wehrmachtsoffizieren vortrug. Einerseits stellte er den Polenkrieg als notwendigen Schritt der „Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie [damals noch!] der Lösung des Baltikum-Problems“ dar, andererseits betrachtete er Polen vorwiegend als Prüfstein der Auseinandersetzung mit den Westmächten um den deutschen Hegemonieanspruch in Ostmitteleuropa: „Das Problem Polen ist von der Auseinandersetzung mit den Westmächten nicht zu trennen . . . Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen . . .“; vgl. das von Hitlers Adjutant Oberstleutnant Schmudt aufgezeichnete Protokoll dieser Besprechung, veröffentlicht in der v. Internat. Militärgerichtshof hrsg. blauen Serie der Protokolle und Dokumente des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses (künftig zit. als IMG), Bd. XXXVII, 079–L, S. 548 f.

² Pkt. 2 des geheimen dt.-sowjet. Zusatzprotokolls v. 23. 8. 1939; ADAP, VII, Nr. 229.

³ Daß der deutsch-sowjetische Pakt und die davon wesentlich mitbedingte Konsequenz

Rosenberg sahen das sowjetische Bündnis und ein etwa auf Grund einer deutsch-sowjetischen Teilung Polens ermöglichtes sowjetisches Vordringen nach Westen primär unter diesem Gesichtspunkt des Verzichts und der dadurch beeinträchtigten deutschen Zukunftsaussichten zur „Zertrümmerung“ oder völkischen „Aufspaltung“ Moskaus¹. Hitler ist von solchen Erwägungen gewiß nicht unbeeinflusst geblieben. Entsprechend seiner politischen Maxime, sich jeweils ganz, nötigenfalls auch gegen ideologische Grundsätze, auf das nächstliegende Ziel zu konzentrieren, hat er aber den naheliegenden Vorteil des sowjetischen Bündnisses höher eingeschätzt als die dadurch bedingte Vorbelastung irgendwelcher Fernziele. Immerhin hat wohl auch er, so wie er die Lage am 1. September 1939 beurteilte, die Konsequenzen des Bündnisses mit Moskau als z. T. noch offen angesehen. Solange er mit einem nur kurzen Feldzug und einer westlichen Stillhaltepolitik rechnete, mochte er bis zu einem gewissen Grade noch darauf spekulieren, auch das sowjetische Bündnis evtl. bald wieder loszuwerden. Dadurch blieb die Polen gegenüber nach einem militärischen Sieg einzuschlagende Politik noch eine Zeitlang von der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

B. Die Idee des polnischen Reststaates

Die Kriegserklärung Englands und Frankreichs vom 3. September räumte den größten Teil solcher Kombinationsmöglichkeiten beiseite. Hitler gab zwar die Hoffnung auf einen kurzen, auf Polen beschränkten Krieg nicht gänzlich auf, doch nachdem England und Frankreich Kriegsgegner Deutschlands geworden waren, mußte er sich des sowjetischen Bündnisses erst recht versichern. Schon am 3./4. Sep-

einer vorerst allein auf Polen konzentrierten und „abgelenkten“ nationalsozialistischen Ost-raumpolitik zunächst eine Schwenkung Hitlers in der Verfolgung seines außenpolitischen Fernzieles der Ostexpansion darstellt, wird m. E. durch die zu retrospektive, Hitlers Weltanschauung und Politik zu stark systematisierende Deutung einer ungebrochenen Folgerichtigkeit und Kontinuität Hitlerscher Außenpolitik, wie sie z. B. Trevor Roper (Vjh. f. Zeitgesch. H. 2/1960), vorgelegt hat, nicht genügend herausgearbeitet. Allein z. B. die Tatsachen, daß Hitler 1939/40 die Rück siedlung der Volksdeutschen aus dem sowjetisch kontrollierten Raum veranlaßte, daß er im Herbst 1939 einen gigantischen Ostwall an der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie plante, zeigen, daß Hitler damals offenbar für längere Zeit mit der aus dem Pakt mit Moskau resultierenden territorialen Begrenzung der eigenen Ostexpansion rechnete.

¹ Vgl. die von Rosenbergs Stabsleiter im Außenpolit. Amt der NSDAP, Arno Schickedanz, am 15. Juni 1939 dem RMuChdR'kzlei Dr. Lammers übersandte „Ausarbeitung über den Osten“. Im Hinblick auf eine künftige dt. Polenpolitik und die sich damals bereits abzeichnende Möglichkeit eines dt.-sowjet. Paktes empfahl Schickedanz vor allem die Ausgliederung der ukrainischen und weißruthenischen Minderheit Polens zu einem selbständigen Staatsgebiet, das als „Vorbereitungsbasis für eine ausgreifende Zertrümmerung Rußlands . . . von unschätzbbarer Bedeutung“ sei. Durch eine dt.-russische Teilung Polens jedoch, welche die westl. Ukraine der UdSSR ausliefert, „würde sich Großdeutschland vielleicht der verheißungsvollsten Aussichten für eine Aufspaltung Moskoviens berauben“ (Nürnbg. Dok. PS-1365; auch veröffentl. in „Das polit. Tagebuch Alfred Rosenbergs. – Göttingen/Frankf./Bln. 1956, Anhang S. 141 ff.).

tember ließ Reichsaußenminister v. Ribbentrop deshalb die Sowjetunion zum militärischen Einmarsch in Polen, d. h. zur Besetzung ihrer „Interessenzone“, förmlich einladen¹. Stalin und Molotow reagierten darauf zunächst vorsichtig zögernd, von dem Bestreben geleitet, kein Risiko einzugehen und das Odium des Aggressors nicht mit Hitler zu teilen, sondern erst nach einer praktisch vollendeten polnischen Niederlage einzugreifen, wenn sich der Vorwand des Schutzes der ukrainischen und weißruthenischen Minderheit als propagandistische Abschirmung glaubwürdiger gebrauchen ließ². Wenngleich ein militärisches Engagement der UdSSR in Polen, auf das man deutscherseits drängte, bereits ein gewisses Präjudiz in Richtung völliger Aufteilung Polens darstellte, so neigte Hitler doch Anfang September im Hinblick auf die Westmächte, die er noch immer zum Einlenken bewegen zu können glaubte, zu der im deutsch-sowjetischen Geheimabkommen vom 23. August bereits als Eventualität vorgesehenen Bildung eines selbständigen Restpolens. Diese sei, so erklärte Ribbentrop dem Chef des Amtes Abwehr/OKW am 12. September 1939 im „Führerzug“, unter den sich anbietenden Möglichkeiten der Polenpolitik die „dem Führer sympathischste Lösung, weil er dann mit einer polnischen Regierung den Ostfrieden aushandeln kann“³. Es ist dabei besonders bemerkenswert, daß Ribbentrop am 12. September 1939 außer den beiden Alternativen der deutsch-russischen Teilung Polens und der Bildung eines restpolnischen Staates noch eine dritte Möglichkeit nannte: den „Zerfall“ bzw. die Aufteilung Polens in einzelne Nationalitätenbestandteile, insbesondere die Bildung einer selbständigen West-Ukraine⁴. Als realpolitische Erwägung hatte das zu diesem Zeitpunkt nur Sinn, wenn man sich damals noch eine Möglichkeit ausrechnete, vielleicht doch noch (im Falle eines den sowjetischen Bundesgenossen entbehrlich machenden britisch-französischen Nachgebens) um die Einlösung des Moskauer eingeräumten Interessensbereichs herumzukommen. Dem durch das sowjetische militärische Zögern geweckten deutschen Mißtrauen entsprach in diesen Tagen aber ein ähnliches Mißtrauen Stalins, der fürchtete, Deutschland könne nun seinerseits möglicherweise mit einem restpolnischen Staat einen schnellen Waffenstillstand schließen⁵. Erwägungen dieser Art waren es wohl auch, die Moskau veranlaßten, schneller als ursprünglich vorgesehen⁶ mobilzumachen und am 17. September die Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee zu beginnen.

Mit der Anwesenheit der Sowjetunion in Ostpolen schied nicht nur jede Spekulation auf eine ukrainische Selbständigkeit oder sonstige „Auseinandergliederung“ Polens nach Rosenbergs Konzept aus, auch die Aussicht auf Bildung eines ansehn-

¹ ADAP, Bd. VII, Nr. 567 und Documents on German Foreign Policy, Serie D (künftig zit. als DGFP), Bd. VIII, Nr. 2.

² Vgl. hierzu im einzelnen DGFP, VIII, Nr. 5, 37, 46.

³ Nürnberg. Dok. PS-3047, Ser. II; ferner auch K. H. Abshagen: Canaris. Patriot und Weltbürger; Stuttgart 1950, S. 209.

⁴ Ebenda.

⁵ Telegramm des dt. Botschafters in Moskau v. 10. 9. 39; DGFP, VIII, Nr. 46.

⁶ Am 10. 9. 39 hatte Molotow dem dt. Botschafter in Moskau noch erklärt, die Rote Armee benötige zur Vorbereitung eines Eingreifens „zwei bis drei Wochen“; ebenda.

lichen polnischen Reststaates, der als Verhandlungspartner in Frage gekommen wäre, verringerte sich erheblich. In Hitlers Danziger Rede vom 19. September fehlte jede überzeugende Andeutung in dieser Richtung, die geeignet gewesen wäre, die Beteuerung seiner friedlichen Absichten gegenüber Frankreich und England wirksam zu unterstützen. Hitler beschränkte sich vielmehr auf die Feststellung, die „endgültige staatliche Gestaltung“ der polnischen Gebiete hänge „in erster Linie“ von Deutschland und Rußland ab. Fest stehe, daß Polen „in der Gestalt des Versailler Vertrages niemals mehr auferstehen“ werde. Dafür garantiere auch Rußland. Deutschland selbst habe „begrenzte, aber unverrückbare Forderungen“.

Premierminister Chamberlain reagierte darauf am folgenden Tage (20. 9.) im Unterhaus kühl ablehnend. Allenfalls in der Beherrschtheit des Tons der Rede lag noch ein schwacher Anhaltspunkt für weitere Hoffnungen Berlins auf ein mögliches westliches Einlenken. Die Chancen der auf deutscher Seite, insbesondere im Auswärtigen Amt, fortbestehenden Idee, durch die Bildung eines polnischen Reststaates aus Gebieten sowohl der deutschen wie der sowjetischen Interessensphäre sich außenpolitisch möglichst die Türen offenzuhalten, schrumpften erheblich. Bereits am 20. 9. 39 kam die Mitteilung aus Moskau, daß Stalin sich vom Projekt eines polnischen Reststaates abgewandt habe und statt dessen die endgültige Teilung Polens längs der Vier-Flüsse-Linie Pissia–Narew–Weichsel–San bevorzuge, auf jeden Fall aber schon eine baldige definitive Festlegung der Gestaltung der polnischen Gebiete wünsche¹. Berlin hielt zunächst noch an der Unterscheidung zwischen Demarkationslinie und endgültiger politischer Grenze fest² und bat außerdem die UdSSR um Abtretung des bisher polnischen Wilna-Gebiets an Litauen. Doch Stalin reagierte am 25. September mit dem Gegenvorschlag, er halte es nach wie vor für falsch, einen restpolnischen Staat zu belassen, sei aber bereit, Deutschland die zentralpolnische, von fast rein polnischer Bevölkerung bewohnte Wojewodschaft Lublin und auch den östlichen Teil der Wojewodschaft Warschau einzuräumen und sich im Mittelabschnitt der Demarkationslinie auf den Bug als Grenzlinie zurückzuziehen, wenn Berlin auf Litauen als Interessengebiet zugunsten der UdSSR verzichte³. Mit diesem Vorschlag, der dann die Grundlage des am 28. 9. 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages bildete, schob Stalin das Problem der Behandlung Restpolens allein Berlin zu, zerstörte aber durch seinen Entschluß zur definitiven Annexion des mehrheitlich ukrainisch-weißruthenisch bewohnten, immerhin jedoch auch rd. 4 Millionen Polen zählenden ostpolnischen Gebietes weitgehend die Aussicht, daß es zur Bildung eines selbständigen restpolnischen Staates unter dieser Voraussetzung überhaupt noch kommen werde. Der bisherige Vertreter Berlins in Warschau, Gesandter v. Moltke, hatte am gleichen Tage (25. 9.) auf Ersuchen Staatssekretär v. Weizsäckers in einer Denkschrift zu der Frage Stellung genommen, ob es mög-

¹ DGFP, VIII, Nr. 104.

² Telegramm Botschafter Schulenburgs a. d. Ausw. Amt. v. 20. 9. 39; ebenda Nr. 109.

³ Ebenda Nr. 131.

lich sei, in dem besetzten Polen eine verhandlungsfähige Regierung zu finden. Er war dabei zu dem Ergebnis gekommen: Nur wenn das zu schaffende polnische Staatsgebilde auch einen Teil östlich der vorgesehenen Demarkationslinie umfasse, fände sich vielleicht eine polnische Regierung (v. Moltke dachte u. a. an General Sosnkowski), welche die neue Lage anerkenne. Falls aber der polnische Reststaat auf das Generalgouvernement beschränkt werden müsse, „würde die Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung nicht möglich sein . . . Gegenüber der Anerkennung einer so weitgehenden Zerstückelung des Landes würden die Polen vorziehen, es darauf ankommen zu lassen, ob der Endsieg nicht doch den Westmächten zufällt“¹. StS. v. Weizsäcker empfahl auf Grund dessen am 26. 9., sich bei den Verhandlungen mit Moskau auf den Standpunkt zu stellen, Deutschland beanspruche nur die Grenzen von 1914 und „im übrigen hänge die Zukunft Rumpfpolens davon ab, ob die Westmächte sich jetzt bereit erklärten einzuliken“². – Ribbentrop, der am 27. 9. zu den Verhandlungen über die Grenzfestlegung nach Moskau flog, hat diese Gesichtspunkte jedoch kaum berücksichtigt und keinerlei Anstrengungen gemacht, Stalin für den Gedanken eines aus beiden Interessenbereichen zu bildenden Rumpfpolens zu gewinnen. Er fügte sich vielmehr Stalins Standpunkt, daß Rußland nach dem Verzicht auf das zentralpolnische Gebiet zwischen Weichsel und Bug mit der Gestaltung Rumpfpolens nichts mehr zu tun habe, und erblickte im Gegenteil einen Vorteil darin, daß das nationalpolnische Problem nunmehr ganz so behandelt werden könne, wie Deutschland es für richtig halte³. Hieran zeigte sich bereits, daß die nationalsozialistische Führung nicht gesonnen war, sich mit den Grenzen von 1914 zu begnügen, und daß sie unter dem polnischen Reststaat kaum ein einigermaßen selbständiges Polen verstand⁴.

Von restpolnischer *Staatlichkeit* sollte nur noch kurze Zeit überhaupt die Rede sein⁵, bald wandelte sich die Vorstellung grundlegend dahin, daß nicht ein polnischer Reststaat, sondern nur ein polnisches Restgebiet zu bilden sei und nicht ein polnischer Verhandlungspartner, sondern lediglich ein polnisches Reservat in Frage komme. Das letzte – allerdings bereits an weitgehende Bedingungen ge-

¹ Politisches Archiv des Ausw. Amtes, Bonn (künftig zit. als PolArchAA): Akten Büro Staatssekretär, betr. „Der Krieg“, 1939, Bd. 4; in englischer Übersetzung in DGFP, VIII, S. 138 f.

² Ebenda, sowie DGFP, VIII, Nr. 137.

³ Bericht Ribbentrops v. 28. 9. aus Moskau über seine Verhandlungen mit Stalin; DGFP, VIII, Nr. 152.

⁴ Dagegen sprach auch schon die, wohl auf sowjetischen Wunsch fixierte geheime Zusatzvereinbarung vom 28. 9. 39, wonach beide Vertragspartner sich ausdrücklich verpflichteten, keine polnische Agitation, die die Gebiete des anderen Vertragspartners betreffe, zuzulassen; DGFP, VIII, Nr. 160.

⁵ Alfred Rosenberg gegenüber sprach Hitler am 29. 9. 39 noch von einer „polnischen Staatlichkeit“ zwischen der dt.-sowjet. Demarkationslinie und den einzugliedernden Gebieten; (Das polit. Tgb. A. Rosenbergs. – Göttingen 1956, Eintr. v. 29. 9. 39); auch in der Weisung Nr. 5, die Hitler am 30. 9. 39 der Wehrmacht erteilte, war noch die Rede von der „staatspolitischen Gestaltung“ dieses Raumes, die er [Hitler] sich vorbehalten müsse; Nürnberg. Dok. PS-439.

knüpfte – Angebot eines polnischen Reststaates machte Hitler in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, als er die Westmächte eindringlich zum Nachgeben aufforderte und dabei auch erklärte, Ziel der Reichsregierung in dem neuen Raum sei neben einer generellen ethnographischen Neuordnung im Osten auch die „Herstellung eines polnischen Staates, der in seinem Aufbau und in seiner Führung die Garantie bietet, daß weder ein neuer Brandherd gegen das Deutsche Reich entsteht noch eine Intrigenzentrale gegen Rußland und Deutschland gebildet wird“¹. Tatsächlich jedoch hatte sich Hitler zu dieser Zeit weitgehend schon auf Grundsätze der Politik gegenüber dem Restgebiet (Generalgouvernement) festgelegt, die mit einer polnischen Staatlichkeit schwerlich noch vereinbar waren². Spätestens aber seit Mitte Oktober, als die eindeutig ablehnende Antwort Chamberlains vom 12. Oktober vorlag und Hitler sich zum Abbruch der Militärverwaltung und zur Errichtung einer zivilen Gewalt im besetzten Polen entschloß sowie präzise Richtlinien einer Niederhaltungs- und Ausbeutungspolitik erteilte, war der Gedanke eines restpolnischen Staates aufgegeben.

Tatsächlich lassen sich auch weder im September/Oktober 1939 noch später irgendwelche Bemühungen der nationalsozialistischen Führung erkennen, eine polnische Regierung zu bilden oder diesbezüglich Fühlung mit deutschfreundlichen polnischen Politikern aufzunehmen. Die wenigen Kontakte, die überhaupt auf Grund persönlicher Beziehungen entstanden, so etwa im Falle des Fürsten Janusz Radziwill, mit dem Göring ein einmaliges Gespräch in Krakau führte³, blieben unverbindlich und in politischer Hinsicht gänzlich unergiebig⁴. Als am 17. Oktober 1939 die deutsche Gesandtschaft in Genf dem Auswärtigen Amt meldete, es bestünden in der Schweiz „ernst zu nehmende polnische Kreise, die im Gegensatz zu der [am 30. September als Exilregierung konstituierten] Sikorski-Gruppe in Frankreich“ für eine Verständigung mit Deutschland einträten und unter Beteiligung auch des polnischen Primas’ Kardinal Hlond ein Komitee zu bilden gedächten, um Verhandlungen mit der deutschen Regierung über den „Aufbau des neuen polnischen Staates“ zu führen, entschied Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 20. 10. 1939 kurz angebunden, die Verbindung mit den genannten polnischen Kreisen solle nicht aufrechterhalten werden, „da auf diese Leute deutscherseits kein Wert gelegt würde“⁵. Ähnlich erging es dem in Polen hoch angesehenen Wortführer einer prodeutschen Politik, Professor Wladislaw Studnicki, der im September/Oktober 1939 in Polen erste Schritte zur Bildung eines polnischen

¹ Text der Rede u. a. im *Völkischen Beobachter* v. 7. 10. 1939.

² Vgl. dazu im einzelnen das folgende Kapitel.

³ Vgl. Czeslaw Madajczyk: *Przywódcy Hitlerowsky wobec sprawy Polskiej w okresie od października 1939 do września 1940 R.*, in: *Przegląd Zachodni* 1/1958, S. 9.

⁴ Vgl. auch Hitlers Verurteilung der Kontaktaufnahme von Offizieren mit Fürst Radziwill in der Besprechung mit d. Chef OKW am 17. 10. 39; Nürnberg. Dok. PS-864.

⁵ Notiz Steengrachts v. 20. 10. 1939; *PolArchAA: Pol. V, Nr. 210* (Polit. Beziehungen Polens zu Deutschland), S. 114 u. 116.

Zentralen Nationalkomitees (CKN) unternahm und dafür durch Abgesandte in Berlin vergeblich um Anerkennung nachsuchte¹.

Als ein vor 1939 im Reich vielfach hofierter, 1936 auch als Ehrengast zum Nürnberger Parteitag geladener und durch seine politischen Schriften als Deutschenfreund ausgewiesener Politiker setzte Studnicki seine Bemühungen um eine Kontaktaufnahme mit der Führung des Reiches auch in der Folgezeit fort, wobei es ihm nach den sehr handgreiflichen Erfahrungen mit der praktischen deutschen Polenpolitik in erster Linie nur noch darum ging, als Sprecher für Polen Milderungen deutscher Maßnahmen zu erreichen. Anfang Februar 1940 kam Studnicki deswegen selbst nach Berlin und bat mit einer an Hitler persönlich gerichteten, mutigen Adresse vom 6. Februar um einen Empfang. Reichsminister Lammers, der am 20. Februar von der Adjutantur Hitlers Auftrag erhielt, Studnicki ablehnenden Bescheid zu erteilen, mußte sich damit jedoch bereits an die Gestapo wenden, welche Studnicki inzwischen in Ehrenhaft genommen hatte². – Der Fall Studnicki ist eines der deutlichsten Merkmale dafür, daß die nationalsozialistische Führung seit dem Oktober 1939 eine *politische* Lösung der Polenfrage nicht mehr wünschte, daß Politik und Diplomatie abzudanken hatten vor einer „Neuordnung“, die sich primär polizeilicher Mittel bediente.

C. Das destruktive ideologische Programm

Hitlers endgültige Festlegung auf ein Programm gewaltsamer „Flurbereinigung“ im besetzten Polen fällt allen Anzeichen nach in die Tage zwischen dem 28. September (definitive deutsch-sowjetische Teilung Polens) und dem 12. Oktober 1939 (Absage Chamberlains auf Hitlers „Einlenkungs“-Offerte). Am zeitigsten stand dabei wohl der Entschluß zu bevölkerungspolitischen Eingriffen und Umschichtungen fest, d. h. zur Entpolonisierung und Eindeutschung Westpolens mittels einer kombinierten Großaktion, durch die Polen und (polnische wie reichsdeutsche) Juden in

¹ Vgl. Cz. Madajczyk. a. a. O., S. 14ff. – Studnicki sagte den deutsch-sowjetischen Krieg als sicher bevorstehend voraus und riet im Hinblick darauf zu einer Beteiligung Polens und einer neu zu errichtenden poln. Armee an Deutschlands Seite am Kampf gegen die UdSSR. Ein dieser Frage gewidmetes „Memorial“ Studnickis vom 30. 11. 39 „betreffs Wiederaufbau der polnischen Armee“ befindet sich in den Akten der Reichskanzlei; Bundesarchiv Koblenz (künftig zit. als BA): R 43 II/1484. Dort auch eine weitere Denkschrift Studnickis v. 20. 1. 1940 über die Okkupationspolitik in Polen, in der u. a. er darum bat, den antipolnischen Terror, die katastrophalen Polen-Aussiedlungen u. a. einzustellen.

² Vgl. BA: R'kzei R 43 II/1484. Studnicki wurde im August 1940 aus der Ehrenhaft in einem Berliner Sanatorium nach Polen entlassen. Im März 1941 hat Studnicki durch eine weitere Denkschrift „zur polnischen Frage“ abermals vergeblich versucht, Einfluß auf die deutsche Polenpolitik zu erlangen. Im Hinblick auf die Eventualität eines dt.-sowjet. Krieges forderte Studnicki darin, „Polen müßte als Staat wiederhergestellt werden . . . Die Deutschen dürften nicht Gefangenenwärter über die unterjochten Völker Europas werden, sondern wirtschaftliche Führer Mittel- und Osteuropas . . .“; PolArchAA: Pol V, Nr. 210, S. 175 ff.

das zentralpolnische Restgebiet abgeschoben und an ihrer Stelle Volksdeutsche, zunächst aus dem Baltikum und Ostpolen, angesiedelt werden sollten. Schon am 29. September malte Hitler in der Reichskanzlei dem Partei-Ideologen Alfred Rosenberg, der wegen des am Tage zuvor geschlossenen deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages besonders trostbedürftig war, dieses Projekt und seine vielversprechenden Zukunftsmöglichkeiten aus¹. Dabei tauchte auch, klar ausgesprochen, die Rassen-These vom minderwertigen, nur von einer kleinen germanischen Führungsschicht geleiteten polnischen Volk auf, die unausgesprochen bereits hinter den maßlos-verächtlichmachenden Urteilen stand, die sich Hitler in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober über Polen, den polnischen Staat und die polnische Nation erlaubt hatte und die von nun an gleichsam als ein Weltanschauungselement stereotyp in Hitlers Äußerungen über die Polen wiederkehren sollte. Der schnelle deutsche Waffenerfolg scheint für Hitlers primitiven völkerbiologischen Schicksalsglauben die letzte Bestätigung polnischer „Minderwertigkeit“ geliefert zu haben.

Am Tage vor dem Gespräch mit Rosenberg, am 28. 9. 1939, hatte Hitler schon erste, inhaltlich nicht im einzelnen bekannte Anordnungen und Entscheidungen zur Verwirklichung der bevölkerungspolitischen Neuordnungspläne getroffen und den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler mit der organisatorischen Leitung und Gesamtverantwortlichkeit der Rückführung und Wiederansiedlung der Volksdeutschen sowie der Abschiebung von Polen und Juden insbesondere aus allen westpolnischen Gebieten (ehem. preuß. Provinzen Westpreußen und Posen) beauftragt². Ob Hitler dabei auch Anweisungen zur physischen

¹ Rosenberg hat Hitlers Ausführungen am gleichen Tage in seinem Tagebuch stichwortartig festgehalten (Das polit. Tgb. A. Rosenbergs, a. a. O., S. 81):

„Die Polen: eine dünne germanische Schicht, unten ein furchtbares Material. Die Juden, das Grauenhafteste, was man sich überhaupt vorstellen könne . . .

Er wolle das jetzt festgelegte Gebiet in drei Streifen teilen:

1. Zwischen Weichsel und Bug: das gesamte Judentum (auch a. d. Reich), sowie alle irgendwie unzuverlässigen Elemente. An der Weichsel einen unbezwingbaren Ostwall – noch stärker als im Westen.

2. An der bisherigen Grenze ein breiter Gürtel der Germanisierung und Kolonisierung. Hier käme eine große Aufgabe für das gesamte Volk: eine deutsche Kornkammer zu schaffen, starkes Bauerntum, gute Deutsche aus aller Welt umzusiedeln.

3. Dazwischen eine polnische „Staatlichkeit“. Ob nach Jahrzehnten der Siedlungsgürtel vorgeschoben werden kann, muß die Zukunft erweisen.“

² Die Beauftragung Himmlers mit dieser neuen Aufgabe der „Festigung deutschen Volkstums“ lag insofern nahe, als Himmler vorher bereits mit der Leitung der im Juni 1939 mit Italien vereinbarten Südtirol-Umsiedlung beauftragt worden war, insbesondere aber deshalb, weil es sich bei der „Festigung deutschen Volkstums“ in Polen in hohem Maße nicht nur um eine Aufgabe der Himmler unterstehenden Volksdeutschen Mittelstelle (VOMI), sondern der Sicherheitspolizei handelte. Daß die Beauftragung Himmlers bereits spätestens am 28. 9. 39 erfolgte, geht u. a. aus d. Schr. des ChdR'kzlei RM Dr. Lammers an Reichfin.Min. Graf Schwerin v. Krosigk v. 28. 9. 39 (BA: R'kzlei, R 3 II/1412, S. 45) sowie Schr. Lammers' an RFSS Himmler v. 29. 9. 39 mit Entwurf eines Führererlasses über Beauftragung Himmlers mit der „Festigung deutschen Volkstums“ (Nürnberg. Dok. NG-1467) hervor.

Liquidierung der polnischen Führungsschicht gegeben hat, ist dokumentarisch nicht nachweisbar, muß aber nach seinen unzweideutigen späteren Äußerungen in dieser Hinsicht¹ und den tatsächlich seit Oktober im besetzten Polen systematisch beginnenden Razzien und Exekutionen von Angehörigen der polnischen Intelligenz als ziemlich wahrscheinlich angenommen werden. Der Text des den Reichsbehörden bekanntgegebenen geheimen Führererlasses zur „Festigung deutschen Volkstums“ vom 7. Oktober 1939² beschränkte sich auf die verschleierte Andeutung, daß der Reichsführer SS in seiner neuen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF³) auch Vollmacht erhalte zur „Ausschaltung des schädigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevölkerungsteilen, die eine Gefahr für das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bedeuten“⁴. Noch zurückhaltender waren Hitlers Äußerungen in der Reichstagsrede vom 6. 10. 1939, in welcher er die „Sanierungsarbeit“ mit dem Zweck einer „neuen Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ sowie vor allem die Rückführung von Volksdeutschen öffentlich ankündigte.

Auch im Reichsministerium des Innern (RMdI) hat man deshalb dem Programm der ethnographischen Neuordnung noch nicht jene radikale Auslegung gegeben, wie sie den tatsächlichen Wünschen Hitlers entsprach. Aufschlußreich ist in dieser Beziehung eine Denkschrift des RMdI vom 2. Oktober 1939 „über die Aufgaben der Zivilverwaltung in den besetzten polnischen Gebieten“⁵, die von der Deutschtumsabteilung des Ministeriums stammte, wo man damals – vor Himmlers endgültiger Ernennung zum RKF – noch den Standpunkt vertrat, die notwendige Koordinierung der ganzen mit der geplanten Eindeutschung zusammenhängenden Politik könne nur vom RMdI ausgehen, das allein über die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen dafür verfüge. Die Volkstums-Referenten des RMdI empfahlen in dieser Aufzeichnung ebenfalls eine große „Rück- und Einwanderung von Reichs- und Volksdeutschen“, um „den deutschen Lebensraum im Osten wieder zu festigen“, doch man dachte dabei in erster Linie an eine nach dem Krieg mit Schiffstransporten zu organisierende Rückwanderung der in schwieriger Lage befindlichen Deutschen

¹ Vgl. z. B. die unten S. 24 wiedergegebene Bormann-Aufzeichnung vom 2. 10. 40 oder das im Diensttagebuch des Gen.Gouverneurs Dr. H. Frank enthaltene Protokoll der Polizeisitzung beim Generalgouverneur vom 30. 5. 1940, bei der Frank von den ihm vom Führer erteilten Richtlinien zur Liquidierung der polnischen Führerschicht berichtete (s. unten, S. 185, Anm. 1).

² Der Erlaß wurde nie veröffentlicht, lediglich über die Tatsache des Erlasses unterrichtet am 26. 10. 39 eine DNB-Meldung, die aber die im folgenden oben zitierte Auftragserteilung zur Ausschaltung bestimmter Bevölkerungsteile gänzlich unerwähnt ließ; vgl. auch Völk. Beobachter v. 26. 10. 39.

³ Als Abkürzungen wurden im amtlichen Schriftwechsel damals unterschiedlich „RkfdFdtV“ „RKFdv“ und „RKF“ gebraucht, im folgenden ist einheitlich letzteres verwandt.

⁴ Abschriften des Erlasses befinden sich in verschiedenen Aktenbeständen, u. a. in den Akten des Stabhauptamtes des Reichskommissars f. d. Festigung dt. Volkstums (BA: R 49/1); auch unter verschiedenen Nummern in den Nürnberger Prozeßdokumenten (z. B. Nürnberg. Dok. NG-962).

⁵ HA-B: StS. Pfundtner, Rep. 320/126.

Südamerikas, wie sie ähnlich Mussolini bei der Rückführung von Italienern aus Amerika veranlaßt hatte. Um die Grundlage für eine deutsche Neubesiedlung der einzugliedernden Gebiete zu schaffen, schlug das RMdI im einzelnen vor: Wiederherstellung und Freimachung der aus der Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission von vor 1914 stammenden, von den Polen z. T. später liquidierten deutschen Ansiedlungsgüter, „soweit das noch möglich ist“, und Rückgängigmachung der polnischen Agrarreform aus den 20er Jahren, soweit diese einseitig gegen das Deutschtum angewandt worden sei. Zusätzlich käme eine auch nach den bestehenden polnischen Agrargesetzen mögliche „Aufsiedlung des polnischen Großgrundbesitzes“ in Frage und als „weitere Aufgabe die Aussiedlung aller Polen, die nach einem noch festzusetzenden Stichtag (spätestens dem 1. 11. 1918) Grundbesitz in den abgetretenen deutschen Ostgebieten erworben haben“. Das war gewiß ein unzweideutiges Programm der Entpolonisierung, doch es sah wenigstens ein rechtlich einigermaßen geordnetes Verfahren vor und bewegte sich im wesentlichen auf der gleichen Linie wie die preußische Polenpolitik vor 1914 und – umgekehrt – die polnische Politik zur Verdrängung des Deutschtums nach 1919. Auch wenn in der Aufzeichnung davon die Rede war, die „positiven Maßnahmen“ der Wiederherstellung sowie der sozialen und wirtschaftlichen Festigung des Deutschtums müßten ergänzt werden durch „negative Maßnahmen“, es müsse „auf sämtlichen Lebensgebieten für eine rücksichtslose Entpolonisierung und, wo diese volksbiologisch vertretbar ist, entsprechende Eindeutschung gesorgt werden“, – so war hierbei doch primär an eine verstärkte Wiederaufnahme all jener schul- und sprachpolitischen Methoden gedacht, die seit Jahrzehnten zum Organon einer nationalistischen, minderheitenfeindlichen staatlichen Assimilationspolitik in Ostmitteleuropa gehörten. – Was dagegen Hitler und Himmler vorschwebte, war etwas anderes.

Bei der Kritik der preußischen und bürgerlich-nationalen deutschen Polenpolitik von vor 1914 hatte Hitler bereits 1928 ausgeführt, eine völkische Politik im Sinne des Nationalsozialismus dürfe „unter keinen Umständen Polen mit der Absicht annektieren, aus ihnen eines Tages Deutsche machen zu wollen“. Sie müsse vielmehr „entweder diese rassisch fremden Elemente abkapseln, um nicht das Blut des eigenen Volkes immer wieder zersetzen zu lassen oder . . . sie überhaupt kurzer Hand entfernen und den dadurch freigewordenen Grund und Boden den eigenen Volksgenossen überweisen“¹. Gewaltsame Entfernung oder „Abkapselung“ der Polen durch rechtlich-soziale Diskriminierung bildeten tatsächlich auch die Grundelemente nationalsozialistischer Polenpolitik nach 1939. Nachdem Hitler für das „einzugliedernde“ Territorium Westpolens dementsprechende Anweisungen bereits Ende September an Himmler gegeben hatte, entschloß er sich Mitte Oktober 1939 aber auch zur generellen Ausschaltung polnischer nationaler Eigenständigkeit im restpolnischen Gebiet. Mit der am 12. Oktober angeordneten Einsetzung eines zivilen Generalgouverneurs erhielt der Gedanke eines restpolnischen Gebietes seinen neuen, zynischen Sinn: nicht eigene polnische Staatlichkeit, sondern Staats- und

¹ So in Hitlers unveröffentlichtem Ms. zur Außenpolitik; vgl. oben S. 11, Anm. 1.